



Soll künftig den Namen des Hitler-Attentäters Georg Elser tragen: die bisherige Langemarckstraße.

**Bremen**

🕒 3 min.

**Straßennamen**

## Umbenennung der Langemarckstraße nimmt weitere Hürde

Nach Zustimmung der Baudeputation steht noch der Senatsbeschluss aus

*Frank Hethey*

---

**Bremen.** Die angestrebte Umbenennung der Langemarckstraße hat eine weitere Hürde genommen: Nachdem die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sich mehrheitlich für das Ansinnen der Georg-Elser-Initiative ausgesprochen hat, fehlt jetzt nur noch ein entsprechender Senatsbeschluss. „Damit ist nun der zweite Schritt zur Umbenennung abgeschlossen“, teilt die Elser-Initiative mit. Der erste Schritt war der Umbenennungsbeschluss des Beirats Neustadt im Dezember 2022.

Wann sich der Senat mit der Angelegenheit befasst, ist laut Senatskanzlei schwer abzusehen. Auf einen baldigen Termin hofft die Initiative, die mit dem neuen Straßennamen den Hitler-Attentäter Georg Elser ehren will. „Es ist davon auszugehen, dass der Vorgang demnächst im Senat behandelt wird“, heißt es vonseiten der Elser-Initiative. Bei der Deputationssitzung am

Donnerstag hatten die Koalitionsfraktionen SPD, Linke und Grüne für eine Umbenennung votiert. Dagegen stimmten CDU und Bündnis Deutschland, die FDP enthielt sich.

Gegen die Umbenennung stellt sich der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB). „Der CGB appelliert an den Senat, die vorgeschlagene Straßenumbenennung abzulehnen“, sagt CGB-Landeschef Peter Rudolph. Auch das Staatsarchiv Bremen hält nichts von einer Umbenennung. In seiner abschließenden Stellungnahme vom Mai 2023 rät Archivleiter Konrad Elmshäuser ausdrücklich davon ab. Der Hauptgrund: Der „Bremer Weg“ der Einbettung des Straßennamens in eine kritische Reflexion habe international „als fortschrittlich, ja als vorbildlich“ gegolten. „Dass nun eine Umbenennung nach einer Person ohne weiteren Ortsbezug erfolgen soll, wird als Verlust empfunden.“

Laut Baubehörde konnten insbesondere betroffene Anlieger ihre Belange vorbringen. Eine rechtliche Bewertung dieser Einwendungen habe allerdings keine Gründe hervorgebracht, die gegen eine Umbenennung sprechen. Sämtliche Senatsressorts seien mit dem Antrag der Initiative einverstanden gewesen.

Gleichwohl räumt die Behörde ein, dass Straßennamen auch kritisches Erinnern befördern können. Der Umbenennung der Langemarckstraße billigt die Behörde daher eine „besondere Bedeutung“ zu. Für künftige Umbenennungsbegehren könne diese Entscheidung richtungsweisend sein, etwa bei Straßennamen mit kolonialem Hintergrund. Aus diesem Grund will die Behörde einen „breit angelegten Diskussionsprozess über den generellen Umgang mit historisch belasteten Straßennamen“ anstoßen. Laut Ressortsprecher René Möller steht man damit aber noch am Anfang.

Bei einer Umbenennung müssen die Anwohner unter anderem ihre Ausweise und Adressen ändern. Die zuständigen Behörden wollen dem Bauressort zufolge auf die eigentlich anfallenden Gebühren verzichten. Gewerbetreibende können zwar auf keine Kostenerstattung für geänderte Internetseiten oder Werbematerialien durch die Stadt rechnen. Dafür stellt aber die Elser-Initiative bei Bedarf finanzielle Unterstützung in Aussicht. Insgesamt sind Spendengelder in Höhe 100.000 Euro zusammengekommen, um wirtschaftliche Belastungen für Firmen und Einzelpersonen abzufedern.

Die Langemarckstraße erhielt ihren Namen 1937. Mit der Umbenennung der Straßen Große Allee, Kleine Allee und Meterstraße wollte der NS-Senat dem „Langemarck-Mythos“ huldigen, dem angeblich unerschrockenen Angriff junger Soldaten in der gleichnamigen Schlacht im Ersten Weltkrieg.